



HESSISCHER LANDTAG

08. 11. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Gesundheits- und Pharmastandort in Hessen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erkennt an, dass die industrielle Gesundheitswirtschaft in Hessen 10,5 Mrd. Euro zur Bruttowertschöpfung beiträgt. In Hessen hat die industrielle Gesundheitswirtschaft mit 4,2 % den höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt unter den Ländern. Damit ist sie eine der zentralen Branchen der Wirtschaft des Landes und hat eine größere Bedeutung als in anderen Ländern. Mit rund 95.700 Erwerbstätigen ist die Branche der größte Industriearbeitgeber in Hessen und bietet durch attraktive Arbeitsplätze vielen Menschen eine Zukunftsperspektive.
2. Der Landtag stellt fest, dass die hessische Gesundheits- und Pharmaindustrie hinsichtlich ihres Anteils an der Bruttowertschöpfung bundesweit an der Spitze liegt. Im Jahr 2021 erwirtschaftete allein die pharmazeutische Industrie in Hessen 14,3 Mrd. Euro Umsatz. Hessen ist damit der erfolgreichste und umsatzstärkste Gesundheits- und Pharmastandort in Deutschland. Zurückzuführen ist diese herausgehobene Rolle auf eine zielgerichtete Investitionspolitik der Unternehmen sowie auf zukunftsgerichtete Entscheidungen der Landesregierung. Einen unerlässlichen Beitrag leistet dabei die Initiative Gesundheitsindustrie Hessen (IGH), die sich als Zusammenschluss aus der Landesregierung, den Unternehmen der Gesundheitsindustrie, dem Landesbezirk Hessen/Thüringen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) sowie aus Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Forschung zu einem bundesweit einmaligen Erfolgsprojekt entwickelt hat und stetig an innovativen Lösungen arbeitet.
3. Der Landtag erkennt an, dass die pharmazeutische Industrie im Vergleich zu anderen Branchen und anderen Standorten weiterhin überdurchschnittlich in den Standort Hessen investiert. Es wird befürchtet, dass die Investitionsbereitschaft durch die jüngsten Entscheidungen der Bundesregierung belastet wird. Die im Rahmen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetz beschlossene Erhöhung der Herstellerabgabe für Arzneimittel um fünf Prozentpunkte beschränkt den wirtschaftlichen Spielraum für die pharmazeutische Industrie und bremst damit dringend nötige Investitionen in innovative Medizinprodukte ab. Der Landtag bittet deshalb die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, Schaden vom Wirtschafts- und Forschungsstandort Hessen abzuwenden und künftig auf weitere, zusätzliche Belastungen zu verzichten.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Auswirkung der Absenkung der bisherigen Umsatzschwelle für Arzneimittel gegen seltene Erkrankungen (Orphan Drugs), die im Rahmen des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes herabgesetzt wurde, in Bezug auf die Versorgung der Patientinnen und Patienten zu beobachten und die Neuregelung ggf. nachzujustieren. Bisher gibt es erst für rund zwei Prozent der 8.000 bekannten seltenen Erkrankungen Medikamente. Mit der europäischen Verordnung zur Förderung von Arzneimitteln für seltene Erkrankungen wurden die richtigen Anreize gesetzt. So ist es immerhin bereits gelungen, 200 Therapiemöglichkeiten zu entwickeln und Menschen mit seltenen Erkrankungen zu helfen. 95 Prozent der europaweit zugelassenen Orphan Drugs sind in Deutschland auch verfügbar. Damit liegt Deutschland im europäischen Vergleich an der Spitze. Die von der Bundesregierung für die Nutzenbewertung vorgesehene Absenkung der Umsatzschwelle für Orphan Drugs von derzeit 50 auf 30 Mio. Euro gefährdet diesen Erfolg. So würden insbesondere viele Orphan Drugs mit niedrigen Patientenzahlen Gefahr laufen, bei einer nach der G-BA-Methodik durchgeführten Nutzenbewertung ihren Nutzen nicht mehr vollumfänglich nachweisen zu können. Für die Pharma- und Gesundheitsindustrie könnte aufgrund des erhöhten Risikos der Anreiz entfallen, in diesen Bereichen zu forschen und entsprechend zu investieren.

5. Der Landtag honoriert, dass die Landesregierung der Pharmaforschung einen besonderen Stellenwert einräumt und diese u.a. durch das qualitätsgeleitete Forschungsförderprogramm LOEWE gezielt fördert. Ein Beispiel, das der Landtag hervorheben möchte ist, dass es dank umfangreicher LOEWE-Förderung gelungen ist, in Frankfurt das erfolgreiche LOEWE-Zentrum „Translationale Medizin und Pharmakologie TMP“ zu etablieren, das zum 01.01.2021 in ein neues Bund-Länder-finanziertes Fraunhofer-Institut ITMP überführt worden ist. Der Landtag erkennt ebenso die Unterstützung des House of Pharma durch die Landesregierung an, durch das ein wichtiger Informationsaustauschknoten für die hessische Pharmaforschung etabliert wurde. Pharma- und Biotechnologieunternehmen sowie Universitäten genauso wie Fachhochschulen stellen hier ihre spezifischen Kompetenzen, Forschungsschwerpunkte und Methoden dar und benennen die dazugehörigen Expertinnen und Experten. Eine weitere besondere Auszeichnung für die Qualität der hessischen Pharmaforschung sieht der Landtag in der Entscheidung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, an der Universität Marburg mit Fördermitteln des Bundes aus der Forschungsbauförderung ein neues Labor der höchsten Sicherheitsstufe (BSL-4) für die Forschung an hochpathogenen Viren zu etablieren. Damit soll das bereits bestehende BSL-4 Labor der Universität Marburg – deutschlandweit das einzige seiner Art an einer Universität und im Rahmen des Pandemie-Netzwerk Hessens von der Landesregierung bereits gezielt gefördert – durch einen mit neuester Technologie ausgestatteten Neubau ergänzt werden.
6. Der Landtag erkennt an, dass es im Jahr 2021 durch eine gute Zusammenarbeit aller Akteure gelungen ist, das Genehmigungsverfahren für das Biontech-Produktionswerk in Marburg in Rekordgeschwindigkeit zu durchlaufen. Dies war nicht nur für den Impffortschritt in Deutschland, sondern auch für den Pharmastandort Hessen ein wichtiger Meilenstein, an den es anzuknüpfen gilt. Anspruch des Landes Hessen muss es aus Sicht des Landtags sein, den Pharma- und Gesundheitsstandort kontinuierlich zu stärken.
7. Der Landtag betrachtet jedoch mit Sorge die in den letzten Jahren immer wieder entstandenen Lieferengpässe bei Arzneimitteln sowie die Verlagerung insbesondere der Intermediate- und Wirkstoffproduktion in Länder außerhalb der Europäischen Union. Aufgrund der Abhängigkeit insbesondere gegenüber asiatischen Niedriglohnländern erhöht sich das Risiko, infolge von Lieferengpässen keine Versorgungssicherheit mehr gewährleisten zu können. Der Landtag spricht sich deshalb für mittel- bis kurzfristige Maßnahmen zum Stopp der Abwanderungsbewegung aus, um langfristig wieder einen Neuaufbau bzw. eine Rückverlagerung lokaler Wirkstoffproduktion nach Europa, Deutschland und insbesondere Hessen zu erreichen. Nur wenn die Produktion in Hessen stattfindet, besteht die Möglichkeit, gemeinsam mit den Unternehmen an umweltschonenden, energieeffizienten und nachhaltigen Produktionsbedingungen und dem Abbau von fossilen Abhängigkeiten zu arbeiten.
8. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich gemeinsam mit den Landesregierungen der anderen Länder mit relevanten Pharmastandorten, der Bundesregierung sowie der pharmazeutischen Industrie auf Maßnahmen zu einigen, welche die Arzneimittelproduktion in Hessen, Deutschland und Europa nachhaltig stärken und weiterentwickeln. Dafür bedarf es u.a. einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Forschungs- und Innovationsförderung sowie der Mobilisierung von Wagniskapital. Um die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der heimischen Industrie zu gewährleisten, bedarf es darüber hinaus eines verlässlichen EU-Patentrahmens zum Schutz geistigen Eigentums. Erstrebenswert wäre zudem eine verstärkte Nutzung des vorhandenen Forschungspotentials durch die Verwendung anonymisierter Gesundheitsdaten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. November 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)